

Wir haben es nicht gewusst – diese Ausrede gilt ab sofort nicht mehr...

Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer von ALETHEIA

Zunächst danken wir Ihnen ganz herzlich für Ihr Interesse an ALETHEIA und Ihre Anmeldung auf unserer Website.

ALETHEIA richtete am 10. Februar einen offenen Brief per Einschreiben an alle Mitglieder von Bundesrat, Nationalrat, Ständerat, an Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sowie an das BAG und die Kantonsärztinnen und -ärzte, und im Weiteren an verschiedene Medien.

Die ersten Reaktionen aus dem Gesundheits- und Pflegebereich waren überwältigend, auch der grosse Zuwachs in der ALETHEIA-Familie von über 50 % in den letzten zwei Wochen bestätigt, dass unsere Anliegen und unsere Forderungen von vielen geteilt werden. Eine Pflegerin meldete sich auf einem der Chat-Kanäle und sagte gerührt: «Es tut so gut, dass endlich die Fakten zusammengestellt wurden und, dass unsere Anliegen von ALETHEIA vertreten werden, denn die Realität sieht ganz anders aussieht als in den Medien immer berichtet wird».

Etwas enttäuschend ist die Reaktion von Politik, Behörden und der Leitmedien; die ist nämlich gleich Null. ALETHEIA sucht weiterhin den Dialog für konstruktive Gespräche und die Kooperation mit anderen Organisationen, um endlich eine breitere Diskussion zu erreichen. Wir bleiben dran.



Offener Brief von ALETHEIA

«Es ist einfacher von aussen zu kritisieren, als in der politischen Verantwortung zu entscheiden. Aber es ist eine fatale Politik, wenn fundierte Kritik nicht zugelassen oder gar unterdrückt wird», so die Gründungsmitglieder von ALETHEIA.

ALETHEIA fordert eine kritische und transparente Diskussion und Miteinbezug der Praxis.

In Anbetracht der gigantischen ökonomischen, sozialen und psychischen Schäden fordert ALETHEIA von den Entscheidungsträgern, dass sie sich vor dem Erlass verbindlicher Massnahmen umfassend, kritisch und unabhängig informieren. Dies beinhaltet eine umfassende Kenntnis der Sachlage. Insbesondere verlangen die Autoren eine kritische und transparente Diskussion über „Corona“, in die auch die Praxis miteinbezogen wird. Nur eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit den kritischen Stimmen gegensätzlicher wissenschaftlicher Evidenz und eine echte politische Diskussion können noch einen grösseren Schaden verhindern.

Neutrale Information statt panikmachender Berichterstattung

Zentrales Anliegen ist eine vollumfängliche, neutrale Information durch die Medien, die sofortige Aufhebung jeglicher Zensur der Beiträge kritisch eingestellter Experten und ein sofortiges Ende der einseitigen, panikmachenden Berichterstattung von Seiten des BAG, der Task-Force, der Politik und der Medien.

In einem rund 40-seitigen Schreiben wird der bisherige Umgang mit der Corona-Pandemie in der Schweiz aus medizinischer Sicht kritisch beleuchtet und zusammengefasst. Das Schreiben soll als wichtige Grundlage für alle Entscheidungsträger, Politiker und Medienleute dienen.

Mangelnde wissenschaftliche Evidenz und Versäumung der staatsrechtlichen Verpflichtung

Dass die mässigen Stimmen von Ärzten, Wissenschaftlern und Juristen bisher nicht gehört wurden, wird als eine der Schwachstellen des bisherigen Corona-Regimes des Bundes angesehen.

In einer kurzen juristischen Betrachtung wird zusätzlich auf die Kontroll- und Korrekturmechanismen unseres Rechtsstaates eingegangen. Vor dem Hintergrund der mangelnden wissenschaftlichen Evidenz für die Legitimation restriktiver Massnahmen ist es nicht nachvollziehbar, warum das Parlament, die Schweizer Legislative, als oberste Gewalt im Staat es bis zum heutigen Tag versäumte, ihrer staatsrechtlichen Verpflichtung zur Oberaufsicht gegenüber dem Bundesrat (Art. 169 BV) nachzukommen. Die Bundesversammlung hat es bisher unterlassen, die Grundlagen und die Wirksamkeit der bundesrätlichen Massnahmen einer unabhängigen, kritischen und wirksamen Kontrolle zu unterziehen (Art. 170 BV).

Schauen Sie sich diesen sehr lesenswerten offenen Brief an und verteilen auch Sie ihn weiter, zu finden auf unserer Webseite: <https://aletheia-scimed.ch/IMG/pdf/offener-brief-hp-20210212.pdf>

Hier noch ein aktuelles Interview vom 26. Februar wo Rechtsanwalt Phillip Kruse ein kurzes Update zur Situation der Maskenpflicht in der Schule, den Massentests und der Impfpflicht gibt. Link: <https://youtu.be/SdkCPRs3-LE>

Herzlichen Dank und freundliche Grüsse

Das ALETHEIA -Newsletter-Team

ALETHEIA - Medizin und Wissenschaft für Verhältnismässigkeit

Newsletter vom 27.02.2021